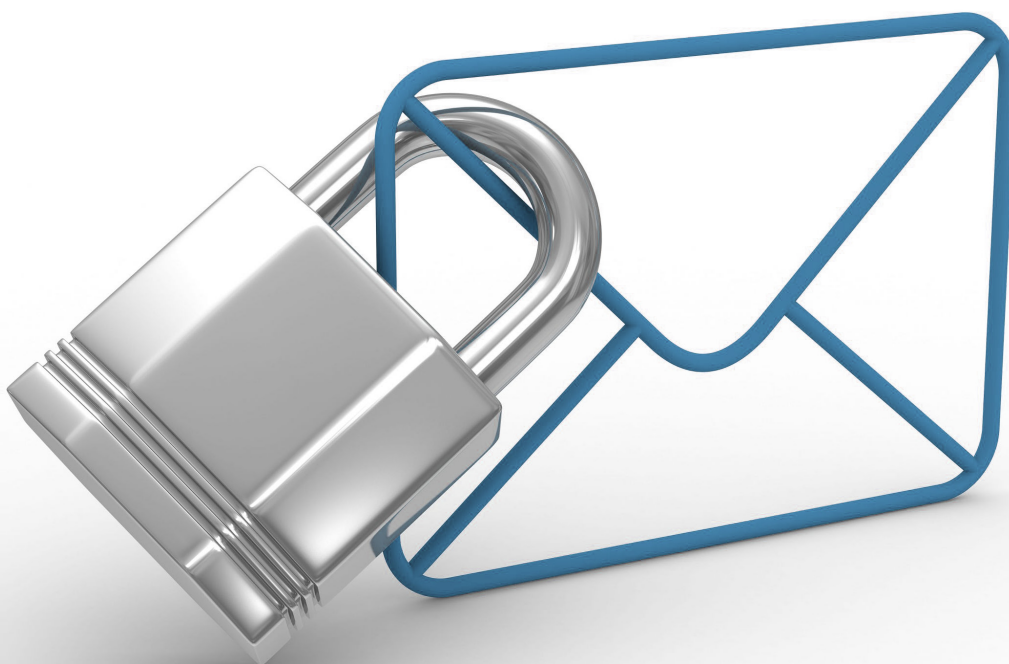

Vertraulichkeit und Transparenz 2.0

Herausforderungen und Hindernisse elektronischer Kommunikation
in Staat und Bürgergesellschaft



ISBN: 3-938483-16-4

re:publik – Institut für Zukunftspolitik

Berlin / Düsseldorf / Wien

Bergmannstr. 107, 10961 Berlin

Tel. +49.(0)30.4404 7805

Fax: +49.(0)30.4404 7806

info@zukunftspolitik.de

www.zukunftspolitik.de

Mit freundlicher Unterstützung
der Deutschen Post AG

Deutsche Post 

Inhaltsverzeichnis

Die zentralen Thesen in Kürze	4
Einleitung	5
Methodisches Vorgehen	6
Kapitel 1: Aufbruch in die digitale Zukunft	7
1.1 Digitale Spaltung?	7
1.2 Auf dem Weg zur E-Inklusion	10
Kapitel 2: Sicher digital kommunizieren – eine problemlose Sache?	11
2.1 Technische Datensicherheit	11
2.2 Rechtssicherheit	12
Kapitel 3: Mehr Bürgernähe?	13
3.1 Die Nationale E-Government-Strategie der Bundesregierung und ihr Potenzial	13
3.2 Finanzielle Kosten und Nutzen von E-Government und Internetkommunikation	15
Fazit: Auf dem Weg zur Beteiligungsdemokratie	17
Literatur	19

Die zentralen Thesen in Kürze

„Staaten haben keine Privatsphäre,
sie haben Geheimnisse“

FRANK RIEGER, SPRECHER DES CHAOS COMPUTER CLUBS

- 1 Die **Sicherheit und Vertraulichkeit von Daten** wird zum Megatrend im digitalen Zeitalter.
- 2 Das **Vertrauen** von Bürgern und Unternehmen in **E-Mails geht zurück**. Die E-Mail ist so sicher wie eine Postkarte.
- 3 Das Thema „**elektronische Identität**“ wird zur neuen Herausforderung. Der Daten-„Exhibitionismus“ in den sozialen Netzwerken verunsichert immer mehr Bürger.
- 4 Von Politik und Verwaltung wird ein **Höchstmaß an digitaler Transparenz** erwartet. Gleichzeitig ist Vertraulichkeit Voraussetzung für erfolgreiches Regieren und Verwalten.
- 5 Regieren unter den Bedingungen digitaler Transparenz und Vertraulichkeit heißt herauszufinden, wie sich **effektiv und bürgernah regieren** lässt.
- 6 Die Frage einer **effektiven und bürgerfreundlichen Verwaltung** entscheidet auch über die Attraktivität einer Stadt, Kommune oder Region.
- 7 Eine effektive und transparente Demokratie braucht **mehrere Kanäle**: Regierung zu Bürger, Bürger zu Regierung, Politiker zu Bürger, Bürger zu Politiker und Bürger zu Bürger.
- 8 Um die **digitale Spaltung** zu **vermeiden** und die Kluft zu schließen, braucht es hybride Kommunikationsformen. Nicht online oder offline ist die Frage, sondern besser, bürgernäher und sicherer.
- 9 Die Möglichkeit, elektronisch zu kommunizieren, erhöht die Transparenz und schafft Vertrauen. **Neue Chancen zur Umsetzung von E-Government-Lösungen** und innovativen Geschäftsmodellen entstehen.
- 10 Deutschland sollte sich als **Trendsetter und Vorreiter bei der Sicherheit und Transparenz von Daten** positionieren.

Vertraulichkeit und Transparenz 2.0

Eine Studie von re:publik unter Mitarbeit von Sarah Krings und Tom Odebrecht

Einleitung

„Wir befinden uns hier am Anfang einer neuen Ära der Ausgestaltung von IT und E-Government.“

CORNELIA ROGALL-GROTHER, BUNDES-CIO

Der Wandel der Kommunikationstechnik verändert Wirtschaft, Politik und Gesellschaft stärker als andere Trends unserer Zeit. Das Internet ist aus der Lebens- und Geschäftswelt nicht mehr wegzudenken. Immerhin 77 Prozent aller deutschen Privathaushalte und 82 Prozent aller Unternehmen verfügen inzwischen über einen Internetanschluss. Im E-Government sind 14.500 Kommunen, 16 Länder und der Bund aktiv.

Die elektronische Kommunikation gewinnt auch im öffentlichen Sektor immer mehr an Bedeutung. Projekte wie die im Herbst 2010 vom IT-Planungsrat der Bundesregierung beschlossene Nationale E-Government-Strategie, der neue Personalausweis oder die elektronische Steuererklärung (ELSTER) sollen die internetbasierte Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung und damit auch die gesellschaftliche Teilhabe (E-Partizipation) fördern.

Die Bundesregierung setzt dabei auf eine „moderne öffentliche Verwaltung“ als „Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands“ und versucht, Bürokratieabbau mit der gleichzeitigen Verbesserung des Wettbewerbsstandortes Deutschland zu verknüpfen. In puncto Sicherheit und Datenschutz ist Deutschland international Vorreiter. Der Staat nimmt im Rahmen des E-Government eine führende Rolle ein. Unternehmen tragen durch den Einsatz entsprechender Instrumente zu dessen Verbreitung bei.

Im internationalen Vergleich hinkt die Bundesrepublik bei der Entwicklung von E-Government-Diensten allerdings noch immer hinterher. Im „E-Government-Ranking“ der Vereinten Nationen nimmt Deutschland derzeit Platz 15 ein. Auf europäischer Ebene befinden wir uns im Mittelfeld auf Platz 6. Die Bundesrepublik hat im Vergleich zu 2008 jedoch bereits neun Plätze gut gemacht und will nicht mehr hinter anderen Staaten wie Großbritannien oder den Niederlanden zurückstehen.

Die größten Herausforderungen stellen sich bei der benutzerfreundlichen Umsetzung der Technologien. Das Ziel muss sein, Bürgern, Verbrauchern und Kunden eine selbständige Mitwirkung bei der Ausgestaltung ihrer Schutzrechte zu ermöglichen. Für den Bürger sollen Behördendienste in Zukunft einfacher, effizienter und bequemer zu erledigen sein. Statt vor Ort im jeweiligen Amt sollen in absehbarer Zeit fast alle Verwaltungsangelegenheiten – sei es die Anmeldung eines PKW oder die Beantragung eines neuen Reisepasses – online durchgeführt werden können. Zu diesem Zweck sollen die bereits bestehenden Online-Dienste für den Bürger ausgebaut und erweitert werden.

Doch nicht immer bringen die von den Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörden angestoßenen Projekte dem Bürger nur Vorteile. Das Spektrum der kritischen Aspekte reicht von einfachen Bedienungsproblemen über Sicherheitslücken bis hin zu komplexen rechtlichen Ungenauigkeiten.

Die Bürger müssen eine hohe Hemmschwelle überwinden, um ihre Verantwortlichkeiten und Persönlichkeitsrechte selbständig auszuüben. Erreicht werden müssen eine praktikable Sicherheit und ein transparenter Umgang mit personenbezogenen Daten. Die Möglichkeit, elektronisch Einsicht nehmen zu können, erhöht die Transparenz und schafft Vertrauen. Neue Chancen zur Umsetzung von E-Government-Lösungen und innovativen Geschäftsmodellen entstehen.

Die Studie „Vertraulichkeit und Transparenz 2.0 – Herausforderungen und Hindernisse elektronischer Kommunikation in Staat und Bürgergesellschaft“ unternimmt eine vorsichtige Zukunftsprognose. Sie widmet sich den Vorteilen wie den Nachteilen internetbasierter Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung. Ziel der Studie ist es, die Herausforderungen und Hindernisse digitaler Kommunikation im öffentlichen Sektor herauszuarbeiten und Antworten auf die Frage zu geben, wie ihnen begegnet werden kann. Angesprochen werden vor allem die technisch-rechtliche Ebene sowie die Themenschwerpunkte Nutzerfreundlichkeit, Kosten und Bürgerbeteiligung.

Der Trend ist eindeutig: Datensicherheit wird zur großen Herausforderung im digitalen Zeitalter. Die jüngsten Veröffentlichungen von Wi-

kiLeaks haben gezeigt, wie wichtig der Umgang mit sensiblen Daten ist. Immer mehr Bürger und Unternehmen verlieren das Vertrauen in E-Mails und in ungeschützte elektronische Kommunikation. Vertraulichkeit ist aber elementarer Bestandteil modernen Lebens, in der Politik wie in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Bürger erwarten einen vertraulichen und sicheren Umgang mit ihren Daten, online wie offline.

Methodisches Vorgehen

Die Analyse erfolgt auf der Basis einer telefonischen Befragung von 59 Behördenvertretern auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene sowie Vertretern von Verbänden im Bereich Informations- und Datenverarbeitung. Die Studienteilnehmer setzen sich zusammen aus IT-Beauftragten, IT-Bevollmächtigten oder sonstigen Experten, die sich professionell mit den Themenbereichen E-Government und IT-Sicherheit beschäftigen. Befragt wurden IT-Sachverständige sowohl aus dem gesamten Spektrum von Bundes- und Landesministerien als auch die Geschäftsführer von Verbänden. Die Studienteilnehmer bearbeiteten im Oktober einen Bogen aus zwölf Fragen. Hierbei galt es sowohl geschlossene Fragen mit vorgegebenen Antworten als auch offene Fragen zu beantworten.

KAPITEL 1

Aufbruch in eine digitale Zukunft

1.1 Digitale Spaltung?

Der moderne Bürger sieht sich angesichts der zunehmenden Digitalisierung mit neuen Hindernissen und Herausforderungen konfrontiert. So wird der Zugang zu IT-Techniken, Hardware wie Software, eine immer notwendigere Voraussetzung. Nur wer in der Lage ist, seinen Haushalt entsprechend auf- oder nachzurüsten, kann von den Vorteilen digitaler Kommunikation profitieren. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die Gesellschaftsstruktur.

Noch im 20. Jahrhundert war die Gesellschaft geprägt von der Teilung zwischen Arbeit und Kapital, Stadt und Land, Kirche und Staat sowie Zentrum und Peripherie. Diesen altbekannten Konfliktlinien muss seit Beginn des 21. Jahrhunderts eine neue hinzugefügt werden: Die digital divide (digitale Spaltung) oder digital gap (digitale Kluft) trennt die Bevölkerung entlang des Digitalisierungsgrades oder in: „Who's online and who's not“ (Term von Katz 1997, zitiert bei Cnetnews.com 1997).

Der Ursprung des Begriffs ist umstritten, die Bedeutung jedoch nicht: Die digitale Kluft trennt diejenigen, die über das Wissen, die finanziellen Mittel und die Infrastruktur verfügen, um digitale Anwendungen nutzen und davon profitieren zu können, von denen, die keine oder nur einige dieser Bedingungen erfüllen können.

Oftmals wird die Problematik einer digital divide im internationalen Vergleich, vor allem in Bezug auf Entwicklungs- und Schwellenländer, diskutiert. Doch was im globalen Maßstab alarmierend erscheint, trifft auch auf die nationale Ebene zu. Denn innerhalb der Bundesrepublik finden sich ebenfalls Anzeichen für eine digitale

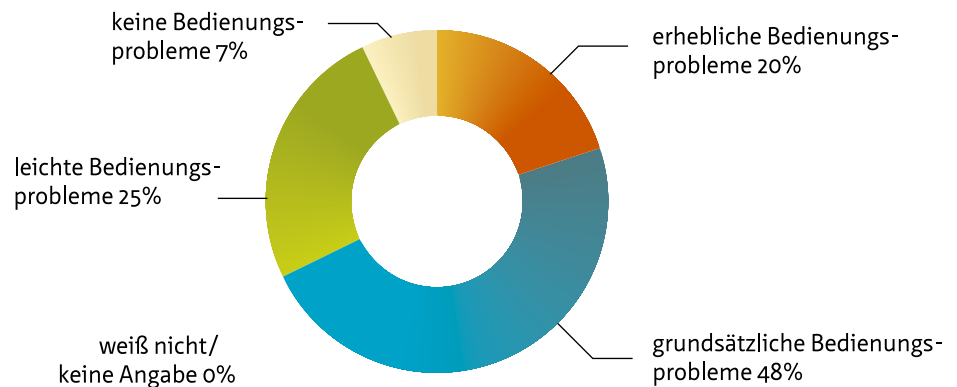
Kluft. So illustriert beispielsweise der Breitband-Atlas des Bundeswirtschaftsministeriums vom Sommer 2010, dass längst nicht alle Länder über einen flächendeckenden Breitbandzugang verfügen. Dieser Zugang wird vom Bundesministerium für Wirtschaft jedoch als „wichtige Voraussetzung für eine schnelle Rückkehr zu wirtschaftlichem Wachstum und steigendem Wohlstand“ gehandelt.

Das US-amerikanische Digital Divide Institute geht noch einen Schritt weiter und definiert digital divide als „the gap between those who can benefit from digital technology and those who cannot“. Die reine Möglichkeit einer Nutzung des Internet führt somit nicht automatisch zur Schließung der digitalen Kluft; entscheidend ist der Profit, den ein Nutzer daraus ziehen kann.

Damit erfasst die digitale Spaltung nicht nur die einkommensschwachen Bürger, die sich keinen PC und/oder Internetanschluss leisten können, sondern auch die bildungsfernen oder älteren Menschen, die aufgrund fehlenden Know-hows das bestehende Angebot nicht zu nutzen im Stande sind. Eine Studie des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) kam bereits 2007 zu dem Schluss, dass der Bildungsgrad in dieser Hinsicht eine erhebliche Rolle spielt.

Von der digitalen Spaltung scheinen also in erster Linie ältere, sozial schwache oder bildungsferne Bevölkerungsgruppen betroffen zu sein: Menschen, die mit der Digitalisierung der Gesellschaft nicht mithalten können. Solche Gruppen sind durch die Umstellung auf die elektronische Abwicklung von Verwaltungsangelegenheiten benachteiligt, da sie die digi-

Sehen Sie Probleme auf Seiten der Bürger bei der technischen Bedienung von elektronischen/internetbasierten Kommunikationsmitteln?



talen Kommunikationsmittel nicht anwenden können und so Gefahr laufen, Anforderungen, denen sie mit Hilfe traditioneller Kommunikationsformen genügen konnten, nun nicht mehr erfüllen zu können.

Diese Einschätzung teilen die meisten Studienteilnehmer. Nur sieben Prozent sehen in Bezug auf internetbasierte Kommunikation „keine Bedienungsprobleme“ auf Seiten der Bürger, während 68 Prozent „grundsätzliche bis erhebliche Bedienungsprobleme“ prognostizieren. Auf die nachfolgende Frage, welche Bevölkerungsgruppen ihrer Meinung nach von den Bedienungsproblemen am stärksten betroffen seien, gaben 42 Prozent „ältere Menschen“ an. Auch die Gruppe der „technisch nicht Versierten“ und derer, die IT-Technologien nicht nutzen können, wurde häufig genannt (21 Prozent). Ebenso gehen einige Experten bei den „Bildungsfernen“ (11 Prozent), „Menschen mit Migrationshintergrund“ (5 Prozent), „Einkommensschwachen“ (4 Prozent) und „Behinderten“ (3 Prozent) davon aus, dass bei der Nutzung internetbasierter Kommunikationsmittel Bedienungsprobleme auftreten werden.

Jedoch bleibt auch festzuhalten, dass jene Negativszenarien stets unter der Prämisse prognostiziert werden, dass zukünftige technische Innovationen zu keinerlei Vereinfachung bei der Bedienbarkeit und Nutzung von digitalen Kommunikationsformen führen werden. Man sollte nicht außer Acht lassen, dass die Benutzerfreundlichkeit aufgrund technischer Neuerungen in Zukunft zunehmen könnte und in Folge dessen weniger Bedienungsprobleme auftreten.

Solche Probleme werden die Betroffenen vermutlich besonders dann spüren, wenn die Behörden ihre Verwaltungsangelegenheiten nahezu vollständig digitalisieren. Es wurde bei den Studienteilnehmern daher nachgefragt, wie hoch sie das Verdrängungspotenzial internetbasierter Kommunikationsmittel gegenüber den herkömmlichen einschätzen.

Der Aussage: „Elektronische/internetbasierte Kommunikationsmittel werden bei der Kommunikation zwischen Bürger und Kommune/Land mittelfristig die herkömmlichen Kommunikationsmittel (wie den Papierbrief) verdrängen“ stimmten 44 Prozent der Befragten zu. Rund 52 Prozent wollten der Aussage jedoch nur

bedingt bis gar nicht zustimmen und sahen eine „Koexistenz“ beider Kommunikationsformen voraus, die die Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltungsebene über die nächsten Jahrzehnte hinweg prägen wird.

Von den Befragten, die eine vollständige Verdrängung der herkömmlichen Kommunikationsmittel prognostizieren, geht über die Hälfte davon aus, dass die Verdrängung aufgrund „objektiver Vorteile“ stattfinden wird. Zu diesen objektiven Vorteilen digitaler Kommunikationsmittel zählen die Experten in erster Linie „Zeit- und Kosteneinsparpotenzial“, die „ständige Verfügbarkeit“ oder „einfachere Bedienung“ sowohl auf Seite der Verwaltung als auch auf Seiten des Nutzers. Besonders stark vertreten wird die These von der vollständigen Verdrängung auf Bundesebene.

Die übrigen benannten einerseits die „aktuelle Veränderung der Kommunikationskultur“, also die Zunahme von E-mails und gesetzlichen Regelungen in diesem Bereich, als Ursache für die Verdrängung (17 Prozent) oder rechnen mit einer „generationenbedingten Verdrängung“ (9 Prozent), die allerdings erst in einigen Jahrzehnten abgeschlossen sein werde. Besonders die Befragten auf kommunaler Ebene sagen für die Zukunft eine Koexistenz beider Kommunikationsformen voraus.

Gut die Hälfte der Studienteilnehmer (51 Prozent) geht jedoch nicht davon aus, dass die herkömmlichen Kommunikationsmittel mittelfristig vollständig durch digitale ersetzt werden. Dabei glauben 17 Prozent, dass eine Umstellung aufgrund der digitalen Spaltung der Gesellschaft nicht möglich sein wird. Ein Viertel (25 Prozent) prognostiziert, dass es „immer Menschen, Gelegenheiten, Bereiche oder Gegenden geben wird, die die herkömmlichen Kommunikationsmittel brauchen“ oder den internetbasierten vorziehen werden. Hier sprachen sich vor allem die Vertreter auf Landesebene für den Papierbrief als unverzichtbares Medium aus.

Treffen die Voraussagen und Einschätzungen hinsichtlich der Bedienungsprobleme bei der Anwendung digitaler Kommunikationsmittel

zwischen Bürger und Verwaltung und des Verdrängungspotenzials gegenüber den konventionellen Kommunikationsmitteln zu, spricht einiges dafür, dass sich die digitale Spaltung in Zukunft eher verbreitern als verengen wird.

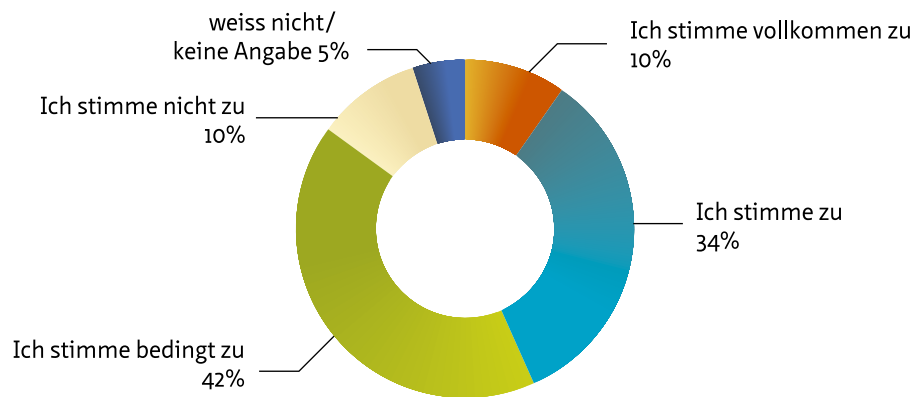
Zwar wird die ältere Generation, die nicht mit IT-Technologien aufgewachsen ist und sich mit der Nutzung oft schwer tut, nach und nach aussterben. Aber es wird auch in Zukunft Menschen geben, die über einen schlechteren Zugang zu Bildung oder ein geringeres Einkommen verfügen. Deshalb müssen in Bezug auf künftige Kommunikationsformen Möglichkeiten und Lösungen gefunden werden, die die digitale Spaltung berücksichtigen und Menschen jenseits der Kluft nicht von der öffentlichen Kommunikation ausschließen.

Im Mai 2010 beispielsweise entschied das Landessozialgericht in Nordrhein-Westfalen, dass ein Computer für eine ordentliche Haushaltsführung nicht vonnöten ist und versagte dadurch Hartz-IV-Empfängern die Unterstützung zur Anschaffung eines Computers. Es wird also mit großer Wahrscheinlichkeit auch zukünftig in Deutschland Menschen geben, die von modernen digitalen Kommunikationsformen nicht profitieren können.

In Großbritannien, das europaweit das aktuelle E-Government-Rating der Vereinten Nationen anführt, ist man bereits einen Schritt weiter. So hat beispielsweise die britische Regierung unter Gordon Brown Anfang 2010 angekündigt, eine Milliarde Pfund zu investieren, um noch in dieser Dekade allen Briten den Zugang zu schnellen Breitbandverbindungen zu ermöglichen. Sie will damit der Entstehung zweier Nationen – „one digitally privileged, one digitally deprived“ – vorbeugen.

Doch die Schaffung der technischen Möglichkeiten zur Nutzung digitaler Kommunikationsmittel allein reicht nicht aus. Selbst wenn jeder Bürger der Bundesrepublik einen (Breitband-) Zugang zum Internet hätte, ist damit längst nicht sicher gestellt, dass auch jeder in der Lage und auch willens ist, ihn zu nutzen. Das Dilemma der digitalen Analphabeten wird auf abseh-

Elektronische/internetbasierte Kommunikationsmitteln werden bei der Kommunikation zwischen Bürger und Kommune/Land mittelfristig die herkömmlichen Kommunikationsmittel (wie den Papierbrief) verdrängen.



bare Zeit bestehen und stellt die Verwaltung vor eine entscheidende Herausforderung: Wie kann die Integration von „Offlinern“ in eine zunehmend digitale Gesellschaft gelingen?

1.2 Auf dem Weg zur E-Inklusion

Die Bundesregierung bekennt sich klar zum Ziel der E-Inklusion und will die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der Informationsgesellschaft sicherstellen. Wie lässt sich die Spaltung der Gesellschaft von Verwaltungsebene aus bekämpfen? Wie kann der Staat sicherstellen, dass auch die Bürger jenseits der digitalen Kluft weiterhin mit ihm kommunizieren können?

Künftige Produkte stehen vor der Herausforderung, die Koexistenz traditioneller und digitaler Kommunikationskanäle zu berücksichtigen. Nötig wird im Verhältnis von Verwaltung und Bürger bzw. Verwaltung und Wirtschaft ein Produkt, das sich an die Bedürfnisse der Empfänger anpasst. Beispiel E-Postbrief: Falls der Empfänger eines E-mail-Schreibens nicht über den entsprechenden Internetzugang oder ein Postfach verfügt, wird die Mail ausgedruckt und auf dem postalischen Weg zugestellt. Diese Hy-

bridfunktion ist der große Vorteil, den das Produkt mit sich bringt, und könnte ein Weg sein, die digitale Kluft zumindest in Bezug auf die Kommunikation im öffentlichen Sektor zu verringern.

Von den Studienteilnehmern bescheinigten daher 42 Prozent dem E-Postbrief „großes Potenzial“ im Bereich der digitalen Kommunikation mit dem Bürger. Vor allem Experten auf Bundesebene stehen dem E-Postbrief positiv gegenüber und schätzen auch Marketing und Zeitpunkt der Markteinführung als „gelungen“ ein.

Allerdings betrachten 36 Prozent der Befragten das Produkt mit einer gewissen Skepsis. Sie beziehen sich dabei in erster Linie auf „große Schwächen“ des E-Postbriefes wie die hohen Kosten oder die komplizierte Handhabung.

Insgesamt sehen jedoch nur neun Prozent der Studienteilnehmer überhaupt kein Potenzial für den E-Postbrief in ihrer Behörde. Die meisten glauben, dass ein solches Produkt in der einen oder anderen Form bei ihnen Verwendung finden könnte.

KAPITEL 2

Sicher digital kommunizieren – eine problemlose Sache?

„Wir erleben hier den ersten Ausläufer einer neuen digitalen Gesellschaftsordnung, die es extrem schwierig bis fast unmöglich macht, Daten geheim zu halten, und zwar selbst die delikatesten Daten.“

SASCHA LOBO, BLOGGER

2.1 Technische Datensicherheit

Auf dem Weg zur Etablierung internetbasierter Kommunikationsformen zwischen Bürger und Verwaltung sind zahlreiche Hindernisse zu überwinden. Von zentraler Bedeutung ist hierbei, dass der Informationsaustausch sicher stattfindet. Die technischen Sicherheitsbedenken auf Seiten der Verwaltung sowie der Bürger stellen eine wichtige Hürde bei der flächendeckenden Nutzung internetbasierter Kommunikationsdienste dar. In diesem Sinne hat die Vorsitzende des IT-Planungsrats, Staatssekretärin Rogall-Grothe, die Verbesserung der IT-Sicherheit als einen wesentlichen Punkt bei der Forcierung der onlinebasierten Bürgerkommunikation hervorgehoben.

Die strategische Wichtigkeit der Sicherheitsfrage wird besonders durch den kürzlich vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf zu den De-Mail-Diensten, auch „De-Mail-Gesetz“ genannt, deutlich. Dort heißt es in Artikel 1: „De-Mail-Dienste sind Dienste auf einer elektronischen Kommunikationsplattform, die einen sicheren, vertraulichen und nachweisbaren Geschäftsverkehr für jedermann im Internet sicherstellen sollen“. Zwar will das Gesetz eine (rechts)sichere und angriffsresistente Datenübertragung zwischen De-Mail-Benutzern gewährleisten, wie dies technisch geschehen soll, ist dort aber kaum zu vernehmen.

Hier knüpft auch die Kritik des Bundesrats am De-Mail-Gesetzentwurf an. Ende November 2010 forderte die Länderkammer „etliche Korrekturen“ am Gesetzentwurf, hauptsächlich in Sicherheitsfragen. Beispielsweise wurde die einmalige Identitätsfeststellung vor dem Nutzen eines De-Mail-Diensts bereits als mögliche Sicherheitsschwachstelle ausgemacht. Nachträgliche Änderungen durch Heirat oder Umzug werden bei einer gehaltenen De-Mail-Adresse nicht mehr berücksichtigt. Der Bundesrat spricht sich daher für eine „Portabilität“ aus: Der Nutzer soll seine Mail-Adresse auch im Fall eines Anbieterwechsels behalten können. Das Gesetz soll laut Aussage des Bundesinnenministeriums im Februar 2011 verabschiedet werden und dann im Laufe des zweiten Quartals 2011 in Kraft treten.

Der Blick ins Ausland bestätigt die enorme Bedeutung der Sicherheit, denn funktionierende Sicherheitsstandards erklären meist den langfristigen Erfolg von internetbasierten Verwaltungsangeboten. So konnten die australischen Steuerbehörden durch maßgeschneiderte Onlinesteuerklärungen für Privatpersonen die Quote der rechtzeitig eingereichten Steuererklärungen deutlich erhöhen. Für das Steuerjahr 2006-2007 reichten mehr als 15 Prozent der Bürger ihre Erklärung online ein. Die Basis des Erfolgs ist das Vertrauen der Bürger in die sichere Handhabung der Datenströme seitens der Behörden.

Erstaunlicherweise haben deutsche Verwaltungsorgane auf Bundes- und Kommunalebene trotz der öffentlichen Skepsis nur geringe Bedenken bezüglich der Sicherheitsstandards bei der Onlinekommunikation. Über drei Viertel der Studienteilnehmer gab an, keine oder nur leichte Sicherheitsbedenken bei der rechtsverbindlichen Kommunikation und der Übermittlung von Daten im Onlineverfahren zu haben. Weitere 16 Prozent hatten grundsätzliche, fünf Prozent erhebliche Bedenken.

Gefragt nach den häufigsten zu erwartenden Sicherheitsproblemen wiesen insbesondere die Vertreter auf Bundes- und Kommunalebene auf mögliche Sicherheitslücken bei der Authentifizierung der Nutzer hin – ähnliche Kritik äußerten Internetexperten schon im Vorfeld der Einführung der De-Mail. Fast 15 Prozent aller Befragten befürchteten die Anfälligkeit für kriminelle Aktivitäten wie den Diebstahl der digitalen Identität oder die Ausspähung von Passwörtern. Vor der unzureichenden Verschlüsselung der übermittelten Daten warnten ebenfalls fast 13 Prozent. Der effiziente Schutz vor Datenlecks und Missbrauch ist demnach eine wichtige Vorbedingung, um auf Behördenebene eine breite Akzeptanz internetbasierter Kommunikationsformen zu gewinnen.

2.2 Rechtssicherheit

Ein weiterer Punkt, der direkt an die technischen Sicherheitsbedenken anknüpft, ist die Rechtssicherheit. Über den Status quo der Rechtslage bei Onlinegeschäften herrscht in der Bevölkerung große Unsicherheit und Unkenntnis. Mit einer umfangreichen Rechtsgrundlage, dem De-Mail-Gesetz, will der Gesetzgeber hier möglichst bald Abhilfe schaffen. Jenes Gesetz bietet allerdings alternativen Anbietern von Onlinekommunikationsplattformen keinerlei Rechtsgrundlage, wenn sie sich dem De-Mail-Standard nicht anschließen. Auch auf Seite der Befragten zeigt man sich unzufrieden mit der gegenwärtigen Rechtslage: Mehr als ein Viertel kritisierte das Fehlen eines umfassenden Rechtsrahmens für Onlinegeschäfte.

Mit fast 36 Prozent wurden die größten Bedenken hinsichtlich der Rechtslage bei der Authentifizierung der Nutzer und dem möglichen Missbrauch der elektronischen Signatur und des Personalausweises angegeben. Damit spiegelt das Ergebnis eindeutig die Vorbehalte gegenüber den technischen Sicherheitsstandards wieder. Speziell die kommunalen Verwaltungsvertreter zeigten sich besorgt, dass missbräuchlich Onlinegeschäfte mit falscher Identität abgeschlossen werden könnten. Vertreter der Landesjustizministerien waren überaus skeptisch bezüglich der Nutzung von internetbasierten Kommunikationsformen beim Informationsaustausch mit dem Bürger. Beanstandet wurde die mangelnde Sachkenntnis und fehlende Erfahrung der Nutzer (also der Bürger) beim Umgang mit Onlinekommunikationsformen, die leicht von kriminellen Kräften ausgenutzt werden könnte.

„Digitales Regieren“ birgt in Deutschland immenses Potenzial. Die damit verbundene Öffnung von Daten des öffentlichen Sektors und von Privatpersonen weckt allerdings auf den verschiedenen Verwaltungsebenen Skepsis und Bedenken. Das Hauptaugenmerk der Behörden liegt dabei ganz offenbar auf dem nicht sicher gestellten Datenschutz, der Datenqualität und der damit verbundenen Gefahr von kriminellen Machenschaften aufgrund von Datenlecks und Datendiebstahl. Dennoch gaben die Befragten zu verstehen, dass sich aus ihrer Sicht – die entsprechende Rechtsgrundlage und gültige Sicherheitsstandards vorausgesetzt – in naher Zukunft zentrale Bestandteile der Bürgerkommunikation im Internet etablieren werden.

KAPITEL 3

Mehr Bürgernähe?

„Zwei gegenläufige Phänomene machen sich bemerkbar: Auf der einen Seite der Wunsch nach mehr Einfluss auf die Politik durch Bürgerinnen und Bürger und auf der anderen Seite die Hilflosigkeit der politischen Akteure, mit der weiter fortschreitenden Globalisierung und Digitalisierung umzugehen, um Freiheit, Wachstum und Sicherheit als zentrale Politikziele auch künftig zu gewährleisten.“

FRANZ-REINHARD HABEL,

SPRECHER DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

3.1 Die Nationale E-Government-Strategie der Bundesregierung und ihr Potenzial

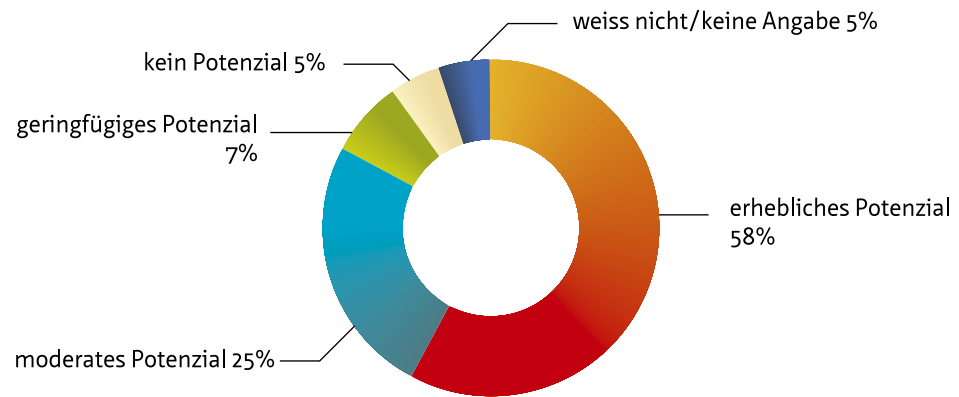
E-Government beschreibt die seit Mitte der neunziger Jahre verbreitete Praxis von Regierungen, verschiedenste Verwaltungsaufgaben über digitale Kanäle abzuwickeln, meist unter der Prämisse den Bürger über digitale Kanäle unmittelbar an öffentlichen Abläufen zu beteiligen. Da die Maßnahmen auf Bundesländerebene in diesem Bereich bisher keiner einheitlichen Definition gefolgt sind, ist E-Government in Deutschland von unterschiedlich ausgeprägten Strategien der Länder und Gemeinden bestimmt. Diese Strategien, auch „Masterpläne“ genannt, sind Ansammlungen von Pilotprojekten, die teilweise schon vor über zehn Jahren formuliert und auf den Weg gebracht worden sind. Trotz der großen Übereinstimmung bei den Zielvorgaben und dem Vorgehen der Bundesländerstrategien unterscheiden sich die Landesprogramme in Wirkungsgrad und Reichweite mitunter so deutlich voneinander, dass die Vergleichbarkeit der Initiativen nicht mehr gegeben ist. Darüber hinaus schränken die mangelnde Koordination und Abstimmung

mit kommunalen Kampagnen sowie die unterschiedlichen Finanzrahmen den übergeordneten Erkenntnisgewinn zu Onlinekommunikation stark ein.

Um Abhilfe zu schaffen, hat der IT-Planungsrat des Bundes und der Länder Ende September 2010 die Nationale E-Government-Strategie beschlossen. Damit haben Bund, Länder und Gemeinden zum ersten Mal einen Fahrplan zur Weiterentwicklung der elektronischen Abwicklung von Verwaltungsangelegenheiten über das Internet vorgelegt. Die erklärten Ziele der Strategie sind unter anderem eine verbesserte Bürgerorientierung der Verwaltungsorgane, die Erhöhung der Effizienz des Verwaltungshandelns sowie die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe über staatliche Internetangebote. Jenes Leitbild soll bereits bis 2015 erfolgreich umgesetzt werden.

Nach Aussage des IT-Planungsrats wird die Nationale E-Government-Strategie, deren Finanzierungsrahmen noch nicht endgültig festgelegt wurde, „unter Beteiligung aller Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft evaluiert und weiterentwickelt werden“. Diese Beschreibung zeigt

Wie schätzen Sie das Potenzial elektronischer/internetbasierter Kommunikationsmittel hinsichtlich der Verbesserung der Kommunikation der Kommunen/des Landes mit dem Bürger ein?



bereits, dass die Strategie als „offener Prozess“ verstanden werden muss, welcher lediglich den Anspruch hat, die Gesellschaft mittelfristig an Verwaltungsabläufe im Internet zu gewöhnen. Technische Voraussetzung dessen ist die Erweiterung des deutschlandweiten Breitbandinternetangebots. Es ist vorgesehen, in den nächsten drei Jahren mit staatlicher Unterstützung 75 Prozent der deutschen Haushalte mit Highspeed-Internet (50 Mbit/s) auszurüsten.

Auch in anderen Ländern sind ähnliche Programme aufgesetzt worden. Während die finnische Regierung bis 2015 eine Breitbandquote von 99 Prozent erreicht haben will (und dafür rund 133 Millionen Euro ausgeben möchte), plant Australien im Rahmen einer Kooperation mit privaten Anbietern in den nächsten sieben Jahren 90 Prozent aller Haushalte Zugang zu Breitbandinternet bereitzustellen. Zahlreiche ausländische Regierungen versuchen mit nationalen Agenden die Kommunikation mit dem Bürger zu digitalisieren.

Als zentrales Element ihrer modernen E-Government-Strategie steht die Erweiterung der internetbasierten Bürgerbeteiligung (E-Partizipation) auch für die deutsche Bundesregierung im

Mittelpunkt. Gemeinhin wird E-Partizipation als die elektronische Form der Interaktion zwischen Staat und Dritten (meist Bürgern) definiert, welche neue Möglichkeiten des Austauschs, der Teilhabe und, wenn möglich, der Entscheidung bietet. Will man aber das von Regierungsseite in den Vordergrund gerückte Potenzial an Bürgerbeteiligung genauer beleuchten, so gelangt man schnell an die Grenzen des Vorhersagbaren. Denn der Planungsrat hat bisher wenig konkrete Instrumente bezüglich der Umsetzung des Plans präsentiert. Erst nach Bekanntgabe der einzelnen Maßnahmen können ernstzunehmende Prognosen gemacht werden.

Internationale Studien attestieren Partizipationsmaßnahmen auf Initiative des Staates (top-down) erhebliches Potenzial, welches insbesondere mit einem Multikanalansatz – also der Möglichkeit der Teilhabe von Bürgern, die keinen Zugang zu den neuen Medien haben (wollen) – ausgeschöpft werden kann. Im angelsächsischen Raum, aber auch in anderen vornehmlich westlichen Regionen, wurden in den letzten 15 Jahren die umfangreichsten Erfahrungen bei der digitalen Vernetzung von Staatsorganen und Bürger gemacht.

Ein kurzer Blick auf die deutschen Erfahrungen zeigt den starken regionalen Fokus: Von „Frankfurt Gestalten“ (www.frankfurt-gestalten.de) bis zum Beteiligungsportal „Solingen Spart“ (www.solingen-spart.de) verbinden die meisten Kampagnen regionale Anliegen oder Notlagen mit digitalen Beteiligungsangeboten. Insgesamt fehlt es an überregionalen oder gar nationalen Initiativen, welche die Bevölkerung in ihrer ganzen Breite ansprechen. Will die E-Government-Strategie diesen Missstand beheben, so müssen konkrete Instrumente zur Umsetzung der Zielsetzungen und Absichtserklärungen präsentiert werden.

Vom Potenzial der Bürgerbeteiligung durch internetbasierte Kommunikationsmittel zeugen auch die Antworten der Studienteilnehmer: Fast 60 Prozent sprachen von einem „erheblichen Potenzial“, weitere 25 Prozent von „moderatem Potenzial“. Lediglich etwas mehr als ein Zehntel konnte in der Internetkommunikation keine Möglichkeit zur maßgeblichen Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung erkennen. Es wird deutlich, dass auch die Nutzer auf der Behördenebene von der potenziellen Wirkung der digitalen Kommunikation durchaus überzeugt sind.

3.2 Kosten und Nutzen von E-Government und Internetkommunikation

Unabhängig vom Bürgerbeteiligungspotenzial der E-Government-Strategie sind die finanziellen Kosten- und Nutzenfaktoren für die öffentliche Hand von entscheidender Bedeutung bei der Implementierung. Für eine grobe Kosten-Nutzen-Rechnung müssen die potenziellen Mehrkosten für Auf- und Umrüstung der Hard- und Software innerhalb der öffentlichen Verwaltung und die Einsparpotenziale durch geringeren Arbeitsaufwand und sinkende Materialkosten für Kommunen, Länder und Bund gegeneinander aufgewogen werden. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt natürlich nur in sehr begrenztem Umfang möglich und stützt sich größtenteils auf rein subjektive Einschätzungen von Verwaltungsmitarbeitern in den IT-Abteilungen.

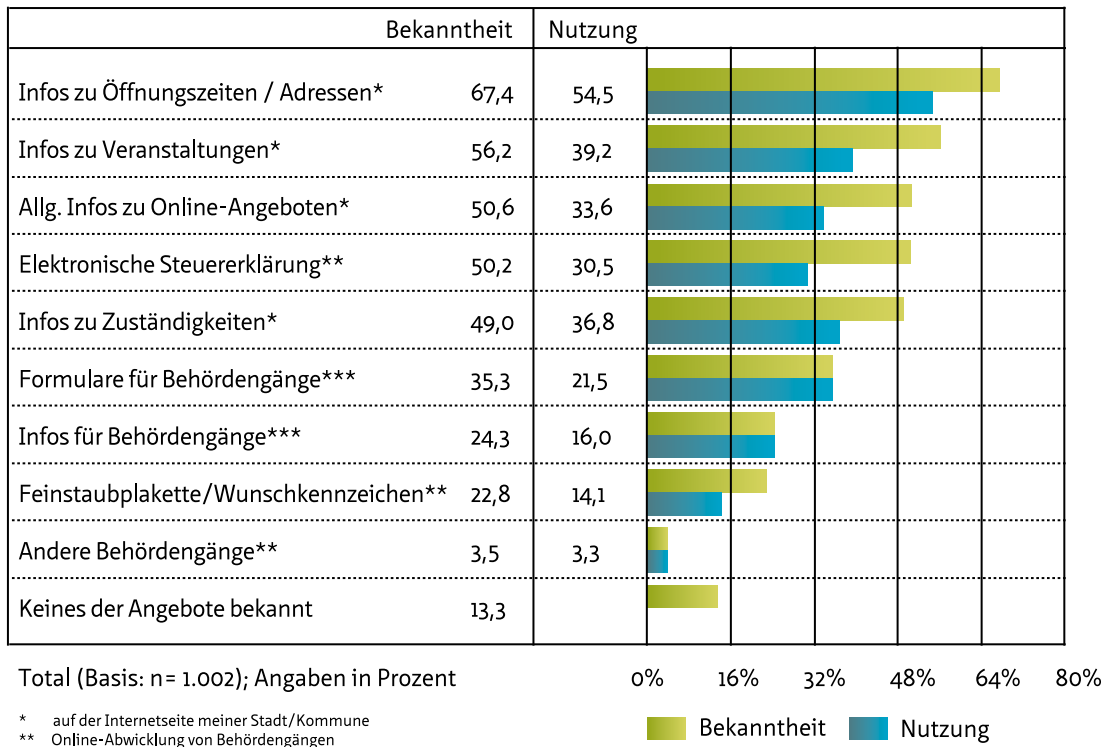
Obwohl 27 Prozent der konsultierten Experten von „erheblichen Mehrkosten“ und ganze 40 Prozent von „moderaten Mehrkosten“ für den Verwaltungsapparat ausgehen, erkennt andererseits eine prozentual ähnlich große Gruppe das Kosteneinsparpotenzial der Umstellung auf digitale Kommunikationsmittel an. Ganze 34 Prozent erwarten „erhebliche“ und weitere 22 Prozent immerhin noch „moderate“ Kosteneinsparungen auf der Seite der Verwaltungsorgane. Dagegen befürchten 15 Prozent „geringfügige Mehrkosten“ und 22 Prozent bewerten das Einsparpotenzial als „geringfügig“. Dass die flächendeckende Einführung von digitalen Kommunikationsmitteln keinerlei finanziellen Einfluss hat, glauben jeweils nur knapp drei Prozent.

Vergleicht man die Antworten bezüglich der zu erwartenden Mehrkosten und Einsparungen, fällt auf, dass sich die angegebenen Werte auf beiden Seiten in ähnlicher Höhe bewegen: Gab eine befragte Person Mehrkosten von 40 Prozent an, so wurden die Kosteneinsparungen zumeist in der gleichen Höhe veranschlagt. Auch aufgrund der überaus breiten Spanne der angegebenen Kosten und Einsparungen liegt die Vermutung nahe, dass eine fundierte Einschätzung zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich ist.

Trotz der eingeschränkten Vorhersehbarkeit wird die elektronische Kommunikation seitens der Befragten, insbesondere von Vertretern der Bundesorgane, insgesamt als kostenneutral eingeschätzt.

Im internationalen Vergleich besteht bei der Akzeptanz und Annahme von E-Government-Anwendungen unter deutschen Bundesbürgern weiterhin großer Nachholbedarf. Die bekanntesten und am häufigsten vom Bürger genutzten Onlineangebote deutscher Verwaltungsorgane sind „einfache“ Informationsdienste wie die Bereitstellung von Öffnungszeiten und Adressen auf den Internetpräsenzen. Wie jüngst eine Sonderstudie im Rahmen des „(N)onliner Atlas 2010“ zur Nutzung und Bekanntheit von E-Government-Diensten in Deutschland ermittelte, waren zwar stets mehr

Bekanntheit und Nutzung von E-Government-Angeboten in Deutschland



Quelle: eGovernment-Monitor 2010, Bürger und Staat. Beziehung gestört? Sonderstudie im Rahmen des (N)onliner Atlas 2010.

als die Hälfte der Befragten über allgemeine Online-Informationsangebote der Behörden informiert, gaben dabei aber an, nicht im gleichen Umfang von den Diensten Gebrauch zu machen.

Auffällig ist die abfallende Nutzungsrate bei Diensten, die über die „einfache“ Informationsaufnahme hinausgeht. Weitaus weniger Bürger bedienen sich interaktiver Serviceangebote seitens der Behörden. Trotz relativ hoher Bekanntheit

nutzt laut Studie nur rund ein Drittel der Befragten die elektronische Steuererklärung (ELSTER). Zusätzliche Abwicklungsangebote wie das Herunterladen von Onlineformularen oder die Beantragung von Feinstaubplaketten, die zu echten Effizienzsteigerungen bei Behördengängen führen sollen, sind weniger bekannt und werden nur in sehr begrenztem Umfang genutzt.

KAPITEL 4

Fazit

„Mit dem Internet steht nun ein Instrument zur Verfügung, mit dem sich Wissen und Erfahrungen der Bürger wirksamer denn je in politische Planungs- und Entscheidungsprozesse integrieren lassen.“

LEONARD NOVY

POLITIKWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST

Internetbasierte Kommunikationsdienste im öffentlichen Sektor werden in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen. Gerade in Bezug auf die Bürgerbeteiligung wird den digitalen Kommunikationsmitteln im öffentlichen Sektor großes Potenzial bescheinigt. Sie sind durchaus geeignet, in Zukunft einen Beitrag zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltungsebene zu leisten und kollaborative Demokratieformen, also eine ergebnisorientierte Mitwirkung der Bürger an politischen Prozessen, zu fördern.

Doch die Möglichkeiten, die sich aus der elektronischen Kommunikation ergeben, werden generell in Deutschland nicht nur positiv betrachtet, sondern vielerorts auch mit Skepsis. Vor allem in puncto Sicherheit häufen sich die Bedenken. Dem Datensammeln steht eine immer kritischer eingestellte Nutzerschaft gegenüber. Das Thema Akzeptanz wird zur größten Herausforderung bei der Einführung von Onlinediensten jeglicher Art. Wie die kontrovers geführte Diskussion um die geplante Einführung des E-mail-Dienstes von Facebook zeigt, reagieren Nutzer zunehmend zurückhaltend auf die geforderte Bereitstellung von persönlichen Daten. Nur ein universal anerkannter hoher Sicherheitsstandard kann die Skepsis der Bürger und Behörden gegenüber neuen internetbasierten

Kommunikationskanälen abbauen. Dies gilt im Bereich der Rechtssicherheit ebenso wie für die tägliche Nutzung von Online-Diensten.

Die Authentizität der Nutzer und Anwendungen ist ein Bereich, der für Missbrauch durch kriminelle Kräfte besonders anfällig ist. Die Tatsache, dass der neue elektronische Personalausweis bereits vor seiner offiziellen Einführung von Mitgliedern des Chaos Computer Clubs gehackt wurde, ist ein deutliches Signal, dass die Sicherheit vor allem im E-Government-Bereich von großer Bedeutung ist und es auch in Zukunft sein wird.

Gerade die Behörden auf Bundes- und Länderebene sollten künftig bei ihren Internetangeboten darauf achten, die Bedenken ihrer Nutzer hinsichtlich der Sicherheit zu zerstreuen. Der Beschluss des Kabinetts zum De-Mail-Gesetzesentwurf ist in diesem Sinne bereits ein Schritt in die richtige Richtung, wobei selbst hier die Expertenmeinungen zur Sicherheit mitunter stark divergieren. Darauf aufbauend muss von Seiten der Politik verstärkt beim Bürger um die Akzeptanz digitaler Kommunikationsformen in ihrer Gesamtheit geworben werden.

E-Government hat das Potenzial, E-Partizipation und E-Inklusion zu fördern. Elektronisches Kommunizieren kann aber auch dazu beitragen, die digitale Kluft innerhalb der Gesellschaft zu

vertiefen. Menschen mit unzureichendem technischen Know-how oder geringem Einkommensstand können auf der Strecke bleiben, wenn internetbasierte Kommunikation die herkömmlichen Kommunikationsformen verdrängt. Die Verwaltungen müssen daher entweder sicher stellen, dass auch die Menschen jenseits der digitalen Kluft kommunikationsfähig bleiben, oder dafür sorgen, dass die Kluft sich schließt und jeder Bürger über ausreichende Möglichkeiten verfügt, an E-Government-Maßnahmen teilzuhaben.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor bei der Umstellung auf internetbasierte Kommunikation

und der Ausweitung des E-Government-Angebotes ist die Kostenfrage. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es nahezu unmöglich abzuschätzen, ob und wie viele (öffentliche) Gelder hierfür aufgebracht werden müssen. Denn digitale Kommunikation im öffentlichen Sektor kann sowohl eine Kostensenkung als auch eine Kostenerhöhung mit sich bringen. Neben einer klaren Strategie für das digitale Zeitalter ist auch ein nachvollziehbarer Finanzierungsplan für derlei Maßnahmen erforderlich. Das könnte zu mehr Transparenz und dadurch auch zu der dringend benötigten Akzeptanz seitens der Bürger führen.

Literatur

Arthur, C. / Wintour, P. (2010): Gordon Brown: superfast broadband vital to prevent "digital divide", The Guardian online (online unter: <http://www.guardian.co.uk/technology/2010/mar/22/gordon-brown-superfast-broadband>, Zugriff am 3.11.2010)

Arthur, C. (2010): Government launches consultation on next-generation broadband, 07.01.2010, the Guardian online (online unter: <http://www.guardian.co.uk/technology/2010/jan/07/broadband-digital-britain>, Zugriff am 3.11.2010)

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): Breitbandverfügbarkeit Deutschland ≤ 1Mbit/s alle Technologien (online unter: <http://www.zukunft-breitband.de/BBA/Redaktion/PDF/Laenderkarten/breitbandveruegbarkeit-deutschland-alle-technologie-n,property=pdf,bereich=bba,sprache=de,rwb=true.pdf>, Zugriff am 3.12.2010)

Bundesministerium des Inneren (2010): E-Government (online unter: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/OeffentlDienstVerwaltung/Informationsgesellschaft/EGovernment/eGovernment_node.html, Zugriff am 9.11.2010)

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): Flächendeckende Breitbandversorgung forcieren – Aufbau von Hochleistungsnetzen unterstützen, Berlin, 2010. (online unter: <http://www.zukunft-breitband.de/BBA/Navigation/breitbandstrategie.html>, Zugriff am 2.11.2010)

Cnetnews.com (1997): Society's digital divide (online: <http://news.cnet.com/2100-1023-278007.html>, Zugriff am 2.11.10)

eGovernment-Monitor (2010): Bürger und Staat. Beziehung gestört? Sonderstudie im Rahmen des (N)onliner Atlas 2010 (online unter: http://www.initiated21.de/wp-content/uploads/2010/07/IDG_NOA_Sonderstudie.pdf, Zugriff am 3.12.2010)

Henman, P. (2010): Governing Electronically. E-Government and the Reconfiguration of Public Administration, Policy and Power. London: Palgrave Macmillan.

Internet & Gesellschaft Co.laboratory (2010): „Offene Staatskunst“. Bessere Politik durch „Open Government?“ Abschlussbericht (online unter: <http://www.collaboratory.de/open-government/abschlussbericht2>, Zugriff am 3.12.2010)

IT-Planungsrat (2010): Nationale E-Government-Strategie. Beschluss des IT-Planungsrats vom 24. September 2010. Berlin (online unter: http://www.cio.bund.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Aktuelles/nationale_e_government_strategie_beschluss_20100924_download.pdf;jsessionid=60F37A88CoE2653780EoCB4C9Fo44FB8?__blob=publicationFile, Zugriff am 3.12.2010)

Jahn, J. (2010): „Sichere Mails zu unsicher“, FAZ vom 30.11.2010.

Lipset, S.M. / Rokkan, S. (1967): Cleavage structures, party systems and voter arguments: an introduction, in dies.: Party systems and voter arguments. Crossnational perspectives, New York.

Netzwelt.de (2010): Im Interview: Die Staatssekretärin und IT-Beauftragte der Bundesregierung, 23.02.2010 (online unter: <http://www.netzwelt.de/news/82005-interview-staatssekretaerin-it-beauftragte-bundesregierung.html>, Zugriff am 9.11.2010)

Novy, L. (2010): Demokratie anders wagen: Kommentar in der FTD vom 01.12.2010.

Schliesky, U. (2006): eGovernment in Deutschland. Arbeitspapier 79. Kiel: Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften.

Smith, C.W. (2010): Digital Divide Defined (Hint: it's not about the access). (online unter: <http://www.digital-divide.org/digital-divide/digital-divide-defined/digital-divide-defined/>, Zugriff am 2.11.10)

Stiftung Digitale Chancen (2007): BITKOM: Jeder Zweite erledigt Behördengänge per Internet (online unter: <http://www.digitale-chancen.de/content/stories/index.cfm/aus.2/key.2580/secid.39/secid2.41>, Zugriff am 2.11.10)

United Nations (2010): United Nations e-government survey 2010: Leveraging e-government at a time of financial and economic crisis, New York. (online unter: <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/un/unpano38851.pdf>, Zugriff am 9.11.2010)

Zu den Autoren

Dr. rer.pol. Daniel Dettling

Der Jurist und Politikwissenschaftler studierte nach seinem Zivildienst in Israel Rechts-, Verwaltungs- und Politikwissenschaften sowie Politische Ökonomie an den Universitäten Freiburg, Fribourg (CH), Berlin (2. Staatsexamen) und Potsdam (Promotion). Er ist Herausgeber der edition Zukunftspolitik und Mitgründer der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung (degepol). Zahlreiche Texte, Bücher und Schriften zu Fragen der Netzdemokratie, Sozial- und Wirtschaftspolitik, Bürgergesellschaft und politischen Kommunikation.

Tom Odebrecht

Tom Odebrecht studierte „European Studies“ mit den Schwerpunktfächern Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Maastricht und Oslo. Es folgte ein Master in nord-amerikanischer Politik, Wirtschaft und Kultur am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin. Nach seiner Tätigkeit als Politikberater und wirtschaftspolitischer Referent bei re:publik arbeitet Tom Odebrecht mittlerweile in der Unternehmenskommunikation.

Sarah Kringe

Sarah Kringe studierte Politikwissenschaften, Germanistik und Italienische Literatur an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg. Während des Studiums arbeitete sie unter anderem als freie Mitarbeiterin bei der Rhein-Neckar-Zeitung und im Bundestagsbüro von MdB Wolfgang Wieland. Im Herbst 2006 gründete sie mit anderen Studenten die Heidelberger Redaktion des Online-Magazins /e-politik.de/ und ist seither in den Heidelberger und Berliner Redaktionen als Redakteurin und Autorin tätig.

Seit Oktober 2010 ist Frau Kringe bei re:publik als wissenschaftliche Mitarbeiterin angestellt. Sie unterstützt laufende Projekte und betreut die Website www.zukunftspolitik.de sowie den Rezensionblog.

re:publik – Institut für Zukunftspolitik

re:publik

Institut für Zukunftspolitik

re:publik – Institut für Zukunftspolitik

ist ein junger, innovativer think tank, der sich für eine zukunftsfähige Politik in Deutschland einsetzt. Wir suchen nach den politischen Antworten auf die langfristigen Herausforderungen unserer Zeit. Unsere Vision ist ein dynamisches und zukunftsorientiertes Deutschland, das zuversichtlich in die Zukunft blicken kann.

Mehr unter:

www.zukunftspolitik.de und www.zukunftspolitik.at